

TAGUNGEN

Kultur im rasenden Lauf der Zeit

Verschiedene Institutionen, wie die Europäische Organisation für Kernforschung, die Internationale Arbeitsorganisation, die Weltorganisation für Meteorologie und die Weltgesundheitsorganisation, haben sich zusammen mit der Universität Genf entschlossen, von Zeit zu Zeit öffentliche Vorträge zum Thema „Wissenschaft und Gesellschaft“ zu veranstalten. Es geht den Initianten, unter denen in erster Linie der Atomphysiker Professor *V. F. Weisskopf* hervorzuheben ist, offensichtlich darum, zwischen dem Naturforscher und dem Philosophen, zwischen der exakten Wissenschaft und den Gesellschaftswissenschaften, zwischen Sein und Bewußtsein wieder eine Brücke zu schlagen oder doch wenigstens die Einsicht zu verbreiten, daß für eine solche Unternehmung eine dringende Notwendigkeit besteht.

Professor *Robert J. Oppenheimer*, dem der erste Vortrag in dieser Reihe zufiel, kam es vor

allem darauf an, das Wechselverhältnis zwischen Wissenschaft und Kultur zu untersuchen. Es mag eine Zeit gegeben haben, da die Kenntnisse der Umwelt integrierender Bestandteil des Weltbildes, des gesellschaftlichen Verhaltens des Menschen waren und im kultivierten Gebildeten ihre harmonische Einheit fanden. Wenn man heute Wissenschaft und Kultur voneinander zu unterscheiden vermag, so kommt darin eine Erscheinung zum Ausdruck, die unsere Zeit von allen Epochen der Vergangenheit abgrenzt. Wir leben in einer „ungewöhnlichen Zeit“, wie Oppenheimer sagte. Sie ist durch sehr große und unwiderrufliche Veränderungen gekennzeichnet, die sich im Zeitraum eines einzigen Menschenlebens abspielen. Die Kenntnisse der Natur nehmen an Umfang und Tiefe schneller zu als je; aber die Probleme, die durch die Anwendung dieser Kenntnisse aufgeworfen werden, sind völlig neu „und werden nur sehr wenig durch die Vergangenheit erhellt“. Die Kenntnisse, die wir uns in den Jugendjahren zulegen, erweisen sich nur als winziger Teil dessen, was wir im gereiften Alter wissen oder wissen sollten. Erfahrungen und Weisheit werden nicht mehr über Generationen oder gar Jahrhunderte hinweg fast unverändert vom Vater auf den Sohn vererbt.

In früheren Zeiten bestand die wesentliche Aufgabe der Kultur immer darin, den Dingen Bestand zu verleihen, sie ruhig und unverändert zu erhalten. Die Überlieferung verband eine Epoche mit der anderen, ein Jahr mit dem darauffolgenden. Die Kultur verlieh den Dingen ihren Sinn, indem sie die sich gleichbleibenden Züge des menschlichen Lebens hervorhob, die man für „ewige Wahrheiten“ hielt.

Heute jedoch, bemerkt Oppenheimer, spielen Kultur und Tradition eine völlig andere Rolle, nämlich diejenige eines Fermentes, das rasche Veränderungen herbeiführt. Verschiedene Faktoren tragen dazu bei, doch kommt den Naturwissenschaften wohl entscheidende Bedeutung zu. Die durch sie hervorgerufenen Veränderungen sind unwiderruflich, und sie summieren sich. Auf diesem Gebiet gibt es, sofern die wissenschaftliche Forschungstätigkeit nicht unterbrochen wird, „nur Fortschritt“, nur Vorwärts- und Weiterschreiten. Aber — und das ist Oppenheimers wesentlichstes Anliegen — der moralische Fortschritt erfolgt keineswegs automatisch als Funktion des wissenschaftlichen Fortschrittes. „Moralischer Rückschritt ist ebensogut möglich, wie wir erlebt haben.“ Die ungeheure und schwindelerregende Kluft zwischen den wissenschaftlich-technischen Errungenschaften und der moralisch-gesellschaftlichen Verfassung der Welt drängt Oppenheimer zur Forderung, das Auffassungsvermögen und die Einrichtungen dieser Welt neu zu gestalten, „wenn wir überleben wollen“.

Doch Voraussetzung ist, daß zuerst einmal in jener Menschengruppe, die man als intellektuelle Elite bezeichnet, der wirkliche geistige

Austausch über die Mauern der Fachzirkel hinweg wieder in Gang kommt. Nur ein solcher Verständigungsversuch, die gegenseitige Vermittlung und Verdeutlichung von Erkenntnissen ergibt schließlich ein gesellschaftliches Beziehungssystem, in welchem das Individuum wieder seinen Platz findet. Es ist Voraussetzung für die Herausbildung eines gemeinsamen moralischen Verhaltens, das den vom Menschen in Bewegung gesetzten Kräften gewachsen ist. Das Verantwortungsbewußtsein muß auf die Höhe der noch kaum erfaßten Verantwortungen gebracht werden.

Oppenheimer beklagt den Verlust der Fähigkeit, miteinander zu sprechen und dadurch die gemeinsame Kultur zu bereichern und das Verstehen zu vertiefen. „Und so kommt es, daß die öffentliche Seite unseres Lebens, das, was uns gemeinsam ist, gelitten hat, wie auch die Erleuchtung der Kunst, die Vertiefung der Gerechtigkeit und der Tugend, die Veredelung der Macht und unserer gemeinsamen Aussprache. Wir haben dafür nichts übrig... In diesem Mangel sehe ich einen Zusammenhang mit den großen ungelösten öffentlichen Problemen: *Überleben, Freiheit, Brüderlichkeit.*“

Aus diesem Mangel ergibt sich die Verantwortung der intellektuellen Gemeinschaft gegenüber der Geschichte und den Mitmenschen: „Eine Verantwortung als notwendige Voraussetzung für die Neugestaltung der menschlichen Einrichtungen wie sie heute erneuert werden müssen, damit Friede herrscht, damit sie vollkommener jene ethischen Verpflichtungen verkörpern, ohne die wir als wirkliche Menschen nicht leben können.“ Daraus leitet Oppenheimer die scheinbar so simple, in Wirklichkeit aber so schwierige Aufgabe ab, erst einmal wieder zu lernen, *miteinander geduldig und ohne Überheblichkeit zu sprechen und dem anderen zuzuhören.*

Oppenheimer hat zur Besinnung aufgerufen, um das Verhalten und Handeln wieder mit dem Wissen, das zahllose Fachgruppen splitterweise für sich „monopolisiert“ haben, in Einklang zu bringen. Aber seine Mahnung ist auch uns Laien in bescheidenem Maße faßbar, denen nicht einleuchten will, weshalb es leichter ist, im Welt- raum herumzufahren, anstatt allen Menschen eine Behausung zu geben; daß man darauf versessen ist, für das Gleichgewicht des Schreckens Beträge auszugeben, die ausreichen würden, um in wenigen Jahrzehnten auf der ganzen Erde Wohlstand und Satttheit zu schaffen.

An zahlreichen weiteren Beispielen dieser Art fehlt es nicht. Sie alle zeigen, daß das gesellschaftliche oder moralische Verhalten des Menschen mit den von ihm geweckten Kräften nicht mehr übereinstimmt. Da man diese Kräfte nicht mehr zum Verschwinden bringen kann, bleibt nichts anderes übrig, als den Versuch zu unternehmen, sich den Erfordernissen der bereits Gegenwart gewordenen Zukunft anzupassen.

Bruno Kuster, Genf

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Von der Zweideutigkeit der Bundesrepublik

Dr. August E. Hohler, neben unserem Mitarbeiter Dr. Arnold Künzli (Basel) wohl der bemerkenswerteste Kopf unter den jüngeren Schweizer Publizisten, hat nach zweijährigem Aufenthalt als Auslandskorrespondent in Bonn seine frühere Tätigkeit in der Auslandsredaktion des *Tages-Anzeiger* (Zürich) wieder aufgenommen. In Nr. 175 dieser großen demokratischen Zeitung veröffentlichte er vor seiner Abreise aus Bonn Betrachtungen, die es verdienen, auch und gerade in der Bundesrepublik sehr aufmerksam gelesen zu werden; wir geben deshalb diesen Aufsatz mit geringfügigen Kürzungen im Wortlaut wieder:

„Ich bin gerade lang genug in diesem Land gewesen, um keine Lust mehr zu verspüren, seine Komplexität auf einen handlichen Nenner zu bringen. Ich habe gerade lang genug hier gelebt, um der Versuchung zu entgehen (hoffe ich), mir von den Deutschen ‚ein Bildnis‘ zu machen. Bilanz also lieber nicht; das Konto soll offen bleiben. Statt dessen einige *tiotizen*, *persönliche Anmerkungen*, eher *Fragen* als Antworten. Addition von Soll und Haben, wenn sie hier überhaupt möglich ist, ergibt kaum Gerechtigkeit.

Eine Engländerin, den Deutschen nicht sehr gewogen, wunderte sich, daß sie in der Bundesrepublik so viele nette Leute kennenlernte. Diese freundliche Frau X —■ sagte sie —, dieser sympathische Herr Y, dieses lebenswürdige Mädchen Z...; man wußte nicht recht, war sie erleichtert oder enttäuscht. Und daß ihr sogenannte ‚typische Deutsche‘ (zackig, laut, arrogant) selten begegneten, daß germanische Recken (groß, blond, blauäugig) selten ihren Weg kreuzten, nahm sie schließlich hin. Sie wurde, schien es, ein wenig bekehrt.

Aber dann, wie verabschiedete sich unsere englische Freundin? Sie tat es mit dem Stoßseufzer: ‚Trotz allem — diese gräßlichen Deutschen! Und daß ihr in diesem Land leben müßt!‘

Wieder einmal hatte der Augenschein das Vorurteil nicht korrigiert. Wieder einmal diente die Anerkennung des Einzelnen als Ausrede für die Ablehnung des Ganzen.

Ich erzähle die kleine Geschichte natürlich nicht, weil sie Seltenheitswert besäße; das genaue Gegenteil trifft zu. Ich erzähle sie, weil diese Art von Alibi, wie ich glaube, die kollektive Verunglimpfung womöglich noch schlimmer macht: Gleichgültig, ob jeweils die Juden, die Deutschen, die Russen oder ‚die Intellektuellen‘ gemeint seien. Man

bekommt hierzulande ein empfindliches Gespür für die *Infamie der aussparenden Dif-famierung*.

Ausnahmen zu tolerieren, hilft gar nichts.

Nicht etwa, daß ich nun dafür plädiere, wir sollten die Deutschen insgesamt ans Herz drücken, ausnahmslos prächtig finden und als hundertprozentige Demokraten preisen (wo gibt es die?). Nicht etwa, daß der Abbau des Vorurteils zum Verzicht auf Kritik führen müßte. Aber: Ist es richtig, ist es gerecht, über ‚die Deutschen‘ herzufallen (immer noch bzw. schon wieder), Adenauer hingegen, oder doch die Bundesregierung, oder doch die CDU, oder jedenfalls die westdeutsche Politik zu akzeptieren, wie man's in der Schweiz, scheint mir, mehrheitlich zu tun pflegt? Nach diesen zwei Jahren frage ich mich, ob es nicht vielleicht eher umgekehrt sein sollte. Die blendenden Erfolge der Bonner Politik, der halbe außenpolitische Erfolg (Versöhnung mit Frankreich, Anschluß an Westeuropa) und der halbe innenpolitische Erfolg (Wirtschaftsaufschwung, Ruhe und Ordnung), machen offenbar manchen blind für die Versäumnisse in den andern Hälften. Und was ‚die Deutschen‘ tatsächlich oft als problematische Zeitgenossen erscheinen läßt, hängt gar nicht zuletzt mit den Folgen ebendieser Versäumnisse zusammen. Adenauers Bundesrepublik ist geprägt durch ‚die beispiellose Zweideutigkeit seiner Leistung‘, um mit *Golo Mann* zu sprechen. Und der Bundesbürger ist so sowohl Nutznießer als Opfer dieser Zweideutigkeit.

Zum Beispiel:

Man klagt darüber, daß die geistige Erneuerung in der Bundesrepublik weit hinter der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sei, daß die meisten Deutschen sich um ihr persönliches Wohlergehen kümmern und sonst um nichts. Aber wenn proklamierte und praktizierte Politik auseinanderklaffen, und wenn die praktizierte Politik darauf hinausläuft, den höheren Lebensstandard zum wichtigsten Kriterium in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu erheben — wen wundert es dann eigentlich, daß die Ideologie des Kühlschranks um sich griff? Wen wundert's, daß im Schatten dieser Ideologie zwar unerfreuliche Gewächse wie Restauration, Egoismus und staatsbürgerliche Trägheit gedeihen, seelische Besinnung indessen wenig gefragt ist?

Oder: Wenn die proklamierte Politik sich in Sonntagspathos erschöpft, wenn irrealen Forderungen nach Wiedervereinigung, Lippenbekenntnisse zur Solidarität mit den Landsleuten in der DDR oder halbhatzige Gesten an die Adresse Polens das Fehlen einer kon-

strukturen Ostpolitik immer dürftiger verdecken — wer wird dann erstaunt sein, daß ein banaler Antikommunismus, der sich dazu oft aus faschistischen Wurzeln nährt, als bequemer Ersatz für positiv-demokratische Anstrengungen weitherum willkommen ist?

Oder: Wenn ein patriarchalisches Regime die Devise ‚keine Experimente‘ zum obersten Leitsatz erhob, wenn der greise Bundeskanzler die äußeren Vorteile autoritärer Staatsführung jahrelang effektiv vordemonstrierte — wie sollen in solchem Klima die Lust zum Wagnis, der Mut zum Widerspruch, der Drang nach Verantwortung wachsen? Wie sollte in solchem Klima die Mündigkeit mehr gelten als Gehorsam und Gefolgschaft?

Wirtschaftliche Dämpfer, außenpolitische Ernüchterung und innenpolitischer Wechsel dürften allerdings das Bild erheblich verändern, wo nicht erschüttern. Auch und gerade deshalb: Bilanz zu ziehen, sei mir erlassen. Die großen, die eigentlichen Rechnungen wurden wohl noch nicht präsentiert.

Andererseits aber:

Was hier stichwortartig vorgebracht wurde, kann man in westdeutschen Zeitungen und Büchern lesen, kann man im Radio hören, am Fernsehen vernehmen. Gerade so — und manchmal noch viel schärfer. Presse, politisch-literarische Publizistik, Rundfunk und Television machen hier, bei allen Einschränkungen, wohl doch regeren Gebrauch von der Freiheit als in der Schweiz (unter den Zeitungen freilich nur eine wache Minderheit). Die wahren Zustände im Dritten Reich sind nicht präziser zu entlarven, die Symptome nachfaschistischer Geisteshaltung kaum heftiger zu geißeln und gewisse fatale Wirkungen der Bundespolitik kaum deutlicher zu zeigen, als es durch die Massenmedien vielfach (noch) geschieht. Sollte mancher Bundesbürger, wie es scheint, hellhöriger geworden sein, dann wäre das wesentlich ihnen zu verdanken. Gleichwohl erhebt sich die Frage, ob solche Kritik nicht irrelevant bleibe, ob Kritik ‚von unten nach oben‘ tatsächlich wirksam sei. Zumal die Parteien kaum noch voneinander zu unterscheiden sind, zumal die Sozialdemokraten ihren oppositionellen Elan der opportunistischen Taktik geopfert haben. Soll Opposition eine exklusive Sache verärgelter Nonkonformisten und schließlich ein Reservat des *Spiegel* werden?

Dagegen spricht: Es gibt eine Jugend, die mit den Hypotheken der Vergangenheit nicht belastet und mit mehr als nur gutem Willen ausgestattet ist. Es gibt Politiker — in allen Parteien —, die gegen den Strom schwimmen und statt Wahlgeschenke lieber demokratische Einsichten vermitteln. Es gibt Minister, die genau wissen, was die Stunde geschlagen

hat — und sich danach verhalten. Das alles, ohne Zweifel, gibt es. Insofern darf man hoffen. (Denn die Bundeswehr ist nicht der einzige Garant für die Zukunft, die Berliner Mauer nicht die einzige Linie der Bewährung.)“

Notwendigkeiten und Möglichkeiten deutscher Außenpolitik

Prof. Dr. Golo Mann, der sich schon wiederholt in Vorträgen und Aufsätzen kritisch zur Außenpolitik der Bundesregierung geäußert hat, kommt in Nr. 36/1962 der Wochenzeitung *Die Zeit* neuerdings eingehend auf dieses Thema zu sprechen. Wir müssen uns damit begnügen, hier das zusammenfassende Schlußkapitel dieser Untersuchung des bedeutenden Historikers und unabhängigen Denkers im Wortlaut wiederzugeben:

„Von der deutschen Außenpolitik würde ich erwarten:

Fortsetzung der einmal begonnenen großen europäischen oder westeuropäisch-amerikanischen Unternehmungen — die sind zu erfolgreich gewesen, die haben zu sehr im Ernst begonnen, als daß man sie noch wieder aufheben könnte oder sollte.

Ergänzung dieser Westpolitik durch eine Ostpolitik, die mehr leistet als ein durch die Jahrzehnte immer nur wiederholtes Nein: Abgehen von der Hallstein-Doktrin; Anerkennung des Kommunismus im allgemeinen als einer gegnerischen, geistigen, wirtschaftlichen Macht, die im ständigen Wandel begriffen ist und genaueste Beobachtung des Wandels; Anerkennung jedenfalls dieser gegnerischen Macht als einer, mit der man irgendwie leben müssen, wenn man nicht mit ihr untergehen will.

Anknüpfung engerer Beziehungen mit den Satellitenstaaten und vor allen Dingen, soweit es möglich ist, mit den Satellitenvölkern und da vor allen Dingen mit den Polen. Der Versuch, das Vertrauen Polens endlich zu gewinnen, der Versuch, das Ulbricht-Regime gewissermaßen in die Zange zu nehmen von beiden Seiten.

Anerkennung der bitteren, aber unvermeidlichen Tatsache, daß die Zone im Machtbereich der Sowjetunion liegen muß, solange der kalte Krieg dauert. Das könnte erst geändert werden, wenn der kalte Krieg aufhört. Der Glaube, daß der kalte Krieg auf kalte Weise von der einen oder anderen Seite gewonnen und entschieden werden könnte, ist längst ein Aberglaube geworden.

Konzentration auf das eine praktische, widerspruchslose Nahziel: die wirklichen Lebensbedingungen der Menschen, die in der Zone leben müssen, zu verändern, wobei ich keinerlei Verbesserung als gering achten würde. Es kommt hier, wie gerade Bundes-

kanzler Adenauer mehrfach gesagt hat, vor allem auf das Menschliche an. Und für die Befreiung von ein paar tausend politisch Verurteilten, die heute in Zuchthäusern der Zone ihr Leben fristen, würde ich manches gute Wort und manches beschriebene Stück Papier gern geben.“

Abschließend seien noch ein paar Sätze aus dem Abschnitt „Politik ist Kunst“ zitiert; Golo Mann schreibt dazu u. a.:

„Im übrigen ist Politik genauso wie etwa Malerei eine Kunst. Eine schöpferische Kunst, die nur dadurch Wirklichkeit hat, daß man sie tut... Die deutsche Zukunft hängt im Positiven von dem ab, was die Menschen, die in Deutschland leben, im Ernst aus ihrem eigenen Leben machen werden. Sie hängt vor allem davon ab, daß viele Menschen auf deutsch und für Deutsche etwas Schönes machen werden — das ist Zukunft der Nation im positiven Sinne des Wortes . . . Politik kann im Positiven und im Negativem allenfalls den Rahmen für ein solches ernstes und schöpferisches Leben der Nation oder eines Teiles der Nation setzen.“

In Nr. 38 veröffentlicht *Die Zeit* einen ergänzenden Diskussionsbeitrag von *Golo Mann* zur deutschen Ostpolitik, aus dem wir die folgenden Sätze zitieren wollen:

„Politik ist die Kunst des Möglichen. Man muß doch hantieren mit Dingen, die sind. Wenn man sie nicht frontal angreifen, wenn man sie nicht mehr mit Kanonen aus der Welt scharfen kann, dann muß man irgendwie früher oder später in einen Kontakt mit ihnen zu kommen versuchen, um sie zu verändern . . . Machen wir aber noch fünfzehn Jahre so weiter wie bisher, genau wie bisher, dann, glaube ich, wird unsere ganze Herrlichkeit nicht fünfzehn Jahre mehr andauern — drüben nicht und hier nicht.“

Hinweise

Die von der Gewerkschaft ÖTV herausgegebene Funktionärszeitschrift *Der ÖTV-Vertrauensmann* will künftig von *Zeit* zu *Zeit* ein Heft geschlossen einem bestimmten Thema widmen. Als erstes dieser Sonderhefte behandelt Nr. 9/1962 die deutsche Binnenschifffahrt — ein Thema, das, wie *Adolph Kummernuss* in seinem Geleitwort sagt, aus mehreren Gründen aktuell ist: „Die deutschen Stromgebiete des Rheins und der Donau sollen in absehbarer Zeit durch Kanäle miteinander verbunden werden. Darüber hinaus gibt es Pläne der Schiffbarmachung vor allem im Süden Deutschlands, über die ein heftiger Streit des Für und Wider entstanden ist. Auf dem sozialen Sektor stehen dringende Fragen an, deren Lösung die Arbeitnehmer auf den Schif-

fen und in den Häfen erwarten. Der technische Fortschritt zeigt sich in neuen Erscheinungen wie z. B. der Schubschifffahrt. Wirtschaftspolitische Fragen von großer Bedeutung stehen im Blickfeld.“ Über alle diese Probleme bringt das Heft, das *H. E. R. Vater* mit gewohnter Sorgfalt redigiert und sehr instruktiv illustriert hat, wertvolle Aufsätze von Fachleuten; ferner werden Gerichtsentscheidungen für die Binnenschiffer in einem besonderen Aufsatz (von Dr. *Erich Frey*) dargestellt. Dieses Heft dürfte weit über die Kreise der ÖTV hinaus starke Beachtung finden.

In der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft hat Dr. *Achim von Loesch* eine größere Abhandlung über „Das Revolving-Kreditsystem — Ein marktkonformes System der Finanzierung von Großunternehmen“ veröffentlicht; im selben Heft (118. Band, 3. Heft) schreibt *Henry Jacoby* unter dem Titel „Unbehagen im Wohlstand“ über neuere Beiträge zur amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse.

Prof. Dr. *Heinz-Dietrich Ortlieb* schreibt im *Hamburger Wirtschaftsdienst* (Nr. 5/1962) über „Unzureichende Ausbildungshilfe in deutscher Sprache“. Im *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* (7. Jahr, 1962) hat Prof. Ortlieb eine Arbeit „Die Legende vom Volkskapitalismus — Zur Rolle des Privateigentums in unserer heutigen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur“ veröffentlicht. In demselben Band des *Hamburger Jahrbuches* schreibt Prof. Dr. *Richard F. Behrendt* über Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im gegenwärtigen Lateinamerika.

Borys Lewytzkyj hat in Nr. 24/1962 von *Aus Politik und Zeitgeschichte*, der regelmäßigen Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, eine Zwischenbilanz über den sowjetischen Siebenjahrplan veröffentlicht; in den *Österreichischen Ost-Heften* (4. Jahrgang, 3. Heft) untersucht Lewytzkyj „Richtung und Grenzen des Umwandlungsprozesses in der KPdSU“.

Die Vierteljahrsschrift *Der neue Bund* (Postfach Zürich 25), die im 28. Jahrgang erscheint, hat ihr Heft 2/1962 dem Thema „Mitbestimmen, Mitverantworten“ gewidmet. Dr. *Eugen Steinemann*, Redakteur dieser stets besonders sorgfältig dokumentierten Zeitschrift und Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich, hat für diese Ausgabe Beiträge über Mitbestimmungsprobleme in verschiedenen Ländern zusammengetragen.

Freiburger Universitätsblätter heißt eine neue Zeitschrift, die im Verlag Rombach & Co (Freiburg i. Br.) erscheint. Aus dem ersten Heft ist ein Beitrag von Prof. Dr. *Hans Thieme* über „Justiz im totalitären Staat“ besonders zu nennen. W. F.

BUCHBESPRECHUNGEN

G Ü N T H E R W O L L N Y

DIE ZUKUNFT IST ANDERS

Harald Boldt-Verlag, Boppard 1962. 262 S., Ln. 16 DM.

Es ist erstaunlich, zu sehen, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn man statistisch gewonnenes Zahlenmaterial einfallsreich und gleichzeitig gewissenhaft interpretiert. Den Beweis erbringt das vorliegende Buch, das von den Zahlen des Wachstums der Menschheit ausgeht und von da aus völlig neue und durchaus tröstliche Aspekte der Zukunft bietet. Die Demographie wird hier zum Schlüssel der großen Politik, weil sie die gesellschaftlichen Trends sichtbar macht.

Ausgegangen wird von der Tatsache, daß sich der Bevölkerungsaustausch in der früheren, der Agrargesellschaft, auf einem hohen Niveau bewegt: Die Geburten betragen 30 bis 40 pro Tausend der Bevölkerung, die Sterbequote liegt zwischen 25 und 40 p. T. Dadurch entsteht ein langsames Wachstum, das etwa 5—10 p. T. im Jahr beträgt. Dieses wird jedoch wieder herabgedrückt durch Kriege, Mißernten und Seuchen in ihrem periodischen Auftreten. Die Menschheit der Agrargesellschaft ist auf die Ausschöpfung der weiblichen Fruchtbarkeit angewiesen, um nicht zu schrumpfen.

In der ausgereiften Industriegesellschaft ist der Bevölkerungsaustausch niedrig. Geburten pendeln sich zwischen 15 und 20 p. T. ein, die Todesfälle auf 7—13 p. T. Die weibliche Fruchtbarkeit wird kontrolliert, die Bevölkerungswachstum ist ohne rationales Verhalten des einzelnen nicht denkbar.

Dazwischen liegen Übergangsformen, die eine Bevölkerungsexplosion bringen, weil die Sterbequote sinkt, während die rationale Planung des Nachwuchses noch fehlt. Der Pauperismus ist die Folge der Enge der noch nicht erweiterten Nahrungsbasis. In diesem Stadium werden auf falschen Prämissen theoretische Zukunftsprognosen gestellt, da man das Gesetz des Einpendeins der Geburtenrate nach der Übergangszeit noch nicht sehen kann.

Damit ist sehr vieles fraglich geworden, was Anlaß zur Gesellschaftskritik unserer Tage und der jüngsten Vergangenheit gibt. Die sozialen Theorien, die auf der Basis der wachsenden Verelendung und immer zunehmenden Überbevölkerung beruhen, sind Auffassungen des Übergangs, die das Endergebnis des Prozesses nicht kennen.

Soweit die Grundtheorien des Buches. Die Folgerungen, die daraus gezogen werden, sind frappierend: der Krieg — in der Agrargesellschaft, die immer gegen Nahrungsspielraum gespannt ist, als Erweiterung dieses Spielraums

sinnvoll — wird jetzt sinnlos. Er kann von reifen Industriegesellschaften nur verloren werden, da kein Landgewinn den Machtverlust ausgleicht, der durch Desorganisation der komplizierten Gesellschaft und Wirtschaft bewirkt wird.

Die ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West verlieren an Bedeutung, weil bevölkerungsmäßig und soziologisch die Interessen beider Seiten, wenn es ausgereifte Industriegesellschaften sind, konform laufen. Die Koexistenzforderung der Sowjetunion erhält von hier aus eine andere Beleuchtung wie auch die Erkenntnis von der Bedrohung des Friedens durch das industriell im Übergang befindliche China. Die Konkurrenz der Ideologien schrumpft auf die Bewährung zusammen: welche Gesellschaftsform die elastischere ist, welche sich der Entwicklung der komplizierten Industrie besser anpaßt, die wird Siegerin bleiben, wobei konkret gesehen ist, daß sich zwangsläufig auf beiden Seiten Abstriche von ideologischen Vorurteilen ergeben.

Das drohende Problem bilden nach Wollny die Entwicklungsländer, die durch den Import der Hygiene im Stadium der Bevölkerungsexplosion stehen, das hinter uns liegt. Für sie in ihrer agrarwirtschaftlichen Grundstruktur sind Gewalt und Krieg als naheliegender Ausweg eine Möglichkeit und damit eine Bedrohung für uns. Diesen Völkern droht die „Urarmut“, die wachsende, nicht abzustoppende Spirale nach unten, die sich aus dem Bevölkerungswachstum und der mangelnden Möglichkeit, den ökonomischen Spielraum auszuweiten, ergibt. Dort liegt die Gefahr einer großen Explosion, die unsere Welt in die Luft sprengen könnte.

Nur diese wenigen großen Folgerungen seien genannt, die vielen einzelnen neuen Aspekte, die sich aus den Theorien ergeben, sind nicht aufzuzählen.

Das Buch verrät eine erfreuliche Vorurteilslosigkeit gegenüber allen tradierten Ideologien. Dazu imponiert es, weil es den Versuch unternimmt, aus *einem* Motor die gesellschaftlichen Vorgänge erwachsen zu lassen. Vielleicht ist gerade deshalb diese Theorie morgen auch Ideologie, wie es im Grunde allen Monismen geht. Aber heute — und darauf kommt es an —, heute gibt es uns einen Schlüssel zur Selbsterkenntnis unserer Zeit, wie es *Marx* zu seiner Zeit tat. Gewiß, es ist eingeleisiger, aphoristischer und nicht bis in alle Einzelheiten durchdacht wie *Marx'* großartiges System. Aber als Anregung, die Lücken einer soziologischen Gegenwartsdeutung zu füllen, und vor allen Dingen als Buch, das unsere Zeit und uns selbst erhellt und dabei nicht in Klagen oder Schreckutopien ausbricht, ist es wertvoll für jeden Soziologen.

Dr. Alfred Franz

DER RUF

Eine deutsche Nachkriegszeitung. dtv dokumente, Deutscher Taschenbuchverlag, München 1962. Nr. 39, Großband, 314 S., 3,60 DM.

Fünfzehn Jahre nach dem Verbot der Zeitschrift *Der Ruf* durch die amerikanische Militärregierung legt der Deutsche Taschenbuchverlag in seiner Reihe dtv dokumente eine umfangreiche Auswahl der Originalbeiträge dieser Zeitschrift vor, ein verlegerisches Unternehmen, das Aufmerksamkeit und Anerkennung verdient. *Der Ruf* erschien in 16 Folgen von August 1946 bis April 1947, das Heft Nr. 17, bereits umbrochen, durfte nicht mehr erscheinen. Dem Verbot liegt wahrscheinlich eine Intervention der sowjetischen Militärbehörde zugrunde (eine solche „Zusammenarbeit“ war damals noch möglich). Die Zeitschrift trug den Untertitel „Unabhängige Blätter der jungen Generation“, und diese Zeile war ebenso programmatisch gedacht wie der Titel des Leitartikels in Heft 1 „Das junge Europa formt sein Gesicht“ von *Alfred Andersch*, der gemeinsam mit *Hans Werner Richter* als Herausgeber zeichnete.

Wer jene Zeitschrift nicht mehr aus eigener Anschauung kennt, kann diese und andere Einzelheiten der sorgfältig geschriebenen Einleitung des Herausgebers der dtv dokumente Nr. 39, *Hans Schwab-Felisch*, entnehmen. Dem vorwiegend politischen Charakter des *Ruf* entsprechend ist bei der vorliegenden Auswahl diesem Teil der Zeitschrift der größte Platz eingeräumt worden; so wurden z.B. die Leitartikel sämtlicher Ausgaben aufgenommen. Hierdurch kommen *Alfred Andersch* und *Hans Werner Richter* wohl häufiger zu Wort, als es ihren ursprünglichen Beiträgen entspricht, aber dieser überwiegende Anteil entspricht dem Einfluß dieser Autoren auf die Gestaltung der Zeitschrift. *Hans Schwab-Felisch* hat die Zusammenstellung in die drei — unterschiedlich mit Platz bedachten — Gruppen „Politik“, „Kultur“ und „Reportagen“ aufgeteilt, während ein Anhang noch drei — sehr lesenswerte — Aufsätze aus dem verbotenen Heft Nr. 17 bringt. Die zum Abschluß der Dokumentensammlung abgedruckten „biographischen und bibliographischen Notizen“ über die Mitarbeiter des *Ruf* bilden eine wertvolle Ergänzung der einzelnen Artikel.

Fünfzehn Jahre nach ihrem Erscheinen wiedervorgelegte Aufsätze einer vorwiegend politischen Zeitschrift erwecken naturgemäß Interesse nicht nur des Textes dieser Artikel wegen, sondern durch die Vergleichsmöglichkeiten der damaligen Perspektiven mit der heutigen Realität. (Und eine so prononciert unabhängige und aggressive Zeitschrift wie *Der Ruf* ist da eines besonderen Interesses würdig.) Und mag manche Einschätzung der politischen Möglichkeiten der Jahre 1946/47 bei den Autoren des *Ruf* zu optimistisch, manche

Diagnose überspitzt gewesen sein, dem Grundtenor der meisten Aufsätze kann der Rezensent nur zustimmen: daß in den ersten Jahren nach der bedingungslosen Kapitulation des zwölfjährigen Regimes eine einmalige Chance vorhanden war, dem verbliebenen Restdeutschland ein neues, zukunftsweisendes Gesicht zu geben, das Gesicht eines freiheitlichen Sozialismus. Niemand wird so vermessen sein zu erwarten, daß bei rechtzeitiger Realisierung dieser Chance die heutigen Probleme nicht vorhanden wären. Aber sie hätten sicher einen weniger aussichtslosen Charakter.

Und so wird die Lektüre dieses Dokumentenbandes leider in erster Linie zu einer Konfrontation mit unseren verpaßten Möglichkeiten, zu einem „Kapitel aus dem großen Lesebuch der unbewältigten Zukunft“, um *Hans Schwab-Felisch* zu zitieren. Doch vielleicht kann diese dtv-Sammlung dazu beitragen, der gegenwärtigen jungen Generation den Blick für die Versäumnisse und Fehler der jetzt regierenden zu schärfen.

Dr. Herbert Ehrenberg

GEORGE F. KENNAN

AMERIKA UND DIE SOWJETMACHT

Band 2: Die Entscheidung zur Intervention. Steingrüben-Verlag Stuttgart 1961. 480 S., Ln. 30,— DM.

Der erste Band: Der Sieg der Revolution (über den in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 1960, S. 440 f. referiert wurde), betraf das Jahr 1917; er hat über die Noten und Erklärungen *Wilson*s und *Lenin*s berichtet, in denen zuerst der Begriff des Selbstbestimmungsrechts auftauchte und als außenpolitische Waffe verwendet wurde. Noch einmal sei gesagt, daß nirgends die historische Wurzel dieses so häufig gebrauchten und mißbrauchten Begriffs des Selbstbestimmungsrechts sauberlicher klargelegt ist als bei *Kennan*. Auch der zweite Band zeichnet sich durch Klarheit aus und durch die Freiheit von jeder vorgefaßten Meinung. *Kennan* will nichts beweisen, im Unterschied zu den russischen Historikern, die über dieselbe Periode geschrieben haben und entweder eine These zu beweisen oder Personen zu rechtfertigen, zu verherrlichen oder zu verdammen hatten. *Kennan* hält sich Schritt für Schritt an die Quellen, die ohne jede Tendenz gewählt werden. Sie stammen allerdings überwiegend aus den Ländern der westlichen Alliierten. Die russischen Quellen sind noch nicht zugänglich. Was die Vorgänge auf der russischen Seite anlangt, so ist der Historiker auf Zeugen angewiesen und auf die Dokumente, die öffentlich waren oder sonstwie in den Westen gedrungen sind.

So paradox es klingt: Die Klarheit der *Kennan*schen Darstellung macht vor allem die Verworfenheit deutlich, „die das beherr-

schende Element in den auswärtigen Beziehungen des Rußlands von 1918 war, die ungeheure, entmutigende Kompliziertheit, gleichzeitig jedoch auch ihre Buntheit, die Dramatik und das Erregende, die sie so besonders auszeichnen“ (S. 21). Was am besten herauskommt, ist der Faktor der menschlichen Unzulänglichkeit, der politischen, gesellschaftlichen und nationalen Vorurteile der Beteiligten, die Irrtümer und die mangelhafte Information und Koordination bei den einzelnen Staatsmännern, Militärs, Diplomaten, Ämtern. Die Politik bestand damals zu einem guten Teil aus dem Ergebnis der Multiplikation dieser Unzulänglichkeiten. Ob es wohl heute so sehr viel anders ist? Diese hohe Kunst der Geschichtsschreibung, die Kennan erworben hat, macht in jeder Periode und in jedem Teilgebiet, das sie behandelt, das Allgemeine im Besonderen sichtbar, wodurch sie ein über sich hinausgehendes Interesse gewinnen.

In dem zweiten Band, der nur das 1. Halbjahr 1918 umfaßt, handelt es sich allerdings zudem um historisch äußerst folgenreiche Vorgänge und Entschlüsse; in gewissem Umfang haben sie das Gesicht des Jahrhunderts mitbestimmt. Die westlichen Alliierten ordneten alles dem Krieg gegen die Deutschen unter, die ihnen mit ihrer letzten Offensive im Frühjahr 1918, die zuerst gewisse Erfolge hatte, einen heillosen Schreck eingejagt hatten. Der Frieden von Brest-Litowsk, der kein Friede war, verstärkte die alliierten Befürchtungen. Überall sah man die Hand der Deutschen im Spiel. Das alliierte militärische und diplomatische Personal agierte gegeneinander, war teils für, teils gegen die revolutionäre Regierung eingestellt. Es war zum Teil ohne Verbindung untereinander und mit der Heimat. Die russische Regierung ihrerseits mißtraute allen, teils zu Recht, teils zu Unrecht. Zwei Einzelvorgänge werden besonders bedeutungsvoll: Die erste japanische Landung in Wladivostok im April 1918 und das Schicksal der tschechoslowakischen Legion auf ihrem Weg durch Sibirien. Das erste war sozusagen die Initialzündung für die spätere gemeinsame Intervention. Das Schicksal der Legion war der Hintergrund für den Entschluß Präsident *Wilson*s vom Juli, mit amerikanischen Truppen zu intervenieren, nachdem er und sein Außenminister *Lansing* sich lange Zeit beharrlich einer Intervention widersetzt hatten. Man glaubte, die Deutschen hätten bereits in Sibirien das Heft in der Hand. Die Berichte waren zum großen Teil falsch. Wilson ist, wie Kennan nachweist, einer Irreführung zum Opfer gefallen. Es war der erste Akt seiner Tragödie.

Auch innerhalb Rußlands war die Auseinandersetzung folgenreich. Ursprünglich hatte der Kriegskommissar *Trotsky* eine Zeitlang — vor dem Konflikt über die tschechoslowakische Legion und vor der Intervention —

Verhandlungen über eine alliierte militärische Unterstützung gegen die Deutschen eingeleitet, ohne Genehmigung *Lenins*. *Trotsky* glaubte, daß die Deutschen wieder aggressiv würden. Aus diesen ganz unverbindlichen, von *Trotsky* ausgestreckten Fühlern hat die spätere stalinistische Geschichtsschreibung pflichtschuldigst einen Verrat *Trotsky*s konstruiert.

Die Intervention der Alliierten hat die Beziehungen der Sowjetunion zu ihrer Umwelt auf Jahrzehnte hinaus verdorben und vergiftet. Ihre Nachwirkungen sind auch heute noch nicht ganz verschwunden.

Dr. Richard Schmid

ERICH MÜLLER-GANGLOFF HORIZONTE DER NACHMODERNEN WELT

Mächte und Ideen im 20. Jahrhundert. Verlagsgemeinschaft Burckhardt- und Kreuz-Verlag GmbH, Gelnhausen/Stuttgart 1962. 239 S., Ln. 9,80 DM.

Der Verfasser ist als Leiter der Evangelischen Akademie Berlin seit vielen Jahren bemüht, Gleichgültigkeit und Gewöhnung zu bekämpfen, Neugierde und Staunen zu wecken; auch dieses Buch tut im Grunde nichts anderes. Er sagt viele Dinge, die schon oft ausgesprochen worden sind, aber längst nicht oft genug. Er sagt sie intelligent und so, daß man sie neu entdeckt. Indem er sie sagt, nimmt er uns an die Hand zu einer Wanderung rückwärts bis in die graueste Vorzeit des Menschengeschlechts. Von diesem Weg bleibt das Bewußtsein, daß wir nicht zu verzweifeln brauchen. Es gibt keinen Beweis dafür, daß wir dem Ende des Menschengeschlechtes entgegengehen, obwohl wir einiges tun müssen, um endlich den Blick vom Abgrund der Vergangenheit der Zukunft zuzuwenden.

Ein Weg, dies zu erreichen, ist die Hingabe an das Gespräch. „Man darf ohne Überspitzung sagen, daß nur diejenigen Mächte und Ideen für eine nachmoderne Zukunft taugen, die die Erprobung des Gespräches zu durchstehen und ihr standzuhalten vermögen“ (S. 138). Dabei ist für ihn Gespräch jene offene Haltung, die „dem Partner die volle und aufrichtige Chance gibt, auch mich selbst aus meinen festgefahrenen Positionen herauszufragen und herauszulocken, ja sogar für die Gegenposition und -meinung zu gewinnen“ (S. 138). Diese Haltung durchzieht das ganze Buch und erweckt die Bereitschaft, die „Horizonte der nachmodernen Welt“ mit Müller-Gangloffs Augen zu betrachten. Ganz gleich, wieviel von seinen Meinungen dem Leser richtig oder nicht richtig erscheinen mag, diese Haltung zwingt zum Zuhören, und das ist mehr, als die meisten Bücher zuwege bringen. Obwohl seine Einteilung der Moderne in Spät- und Nachmoderne zum Widerspruch reizt, schärft er den Blick für eine Unterscheidung

zwischen verschiedenen Zeitaltern, und wenn wir nicht geneigt sind, die Qualitäten, die er ihnen zuschreibt, ebenso wie er zu verteilen, so ist die Konsequenz, daß wir sie beide annehmen und erkennen müssen, daß sie gleichzeitig in uns wohnen.

Das Wichtigste ist ihm jedoch, „ob der christliche Glaube eine Sache nur von gestern oder von und für morgen ist“ (S. 7). Er meint diese Frage positiv beantworten zu können, jedoch für ein „noch nicht gelebtes Christentum“, wie *Reinhold Schneider* es formuliert hat (S. 238). „Ob es, wie *Block* mit dem von ihm verehrten *Joachim von Fiore* meint, ein Drittes Reich der Hoffnung geben wird, hängt entscheidend davon ab, ob wir auf die Herausforderungen der nachmodernen Welt eine überzeugende und gültige Antv/ort finden“ (S. 239). *Annemarie Zimmermann*

CORRELLI BARNETT WÜSTENGENERALE

Verlag für Literatur und Zeitgeschichte G. m. b. H.,
Hannover 1961. 343 S., Ln. 19,80 DM.

Jener „Krieg ohne Haß“, wie ihn *Rommel* selbst genannt hat, der vor fast 20 Jahren am Djebel Zaghuan in Tunesien mit der, vollständigen Niederlage der deutsch-italienischen Streitkräfte zu Ende gegangen ist, wird vielleicht dereinst von den Historikern als der letzte große Feldzug bezeichnet werden, der mit viel persönlicher Tapferkeit des Pieerführers wie des letzten Soldaten, mit konventionellem, oft zahlenmäßig geringem Kriegsmaterial und ohne ideologische Vergiftung geführt wurde.

Der legendär-tragischen Gestalt Rommels standen in den drei Kriegsjahren in der nordafrikanischen Wüste etliche britische Generale gegenüber, deren Namen uns nur zum Teil geläufig waren. Sie sind Gegenstand einer kriegshistorischen Studie des englischen Autors, der das Geschehen zwischen El Alamein und Mareth am Schicksal von fünf Wüstengeneralen untersucht. Es zeigt sich, daß das Problem für die britischen Heerführer nicht allein die oft unvorhersehbare Taktik der Panzerarmee Afrika war, sondern daß sachliche Unkenntnis und persönliche Ambitionen des britischen Premiers *Churchill* ihnen das Leben ebenso schwer machten. Interessant ist das Bild, das Barnett von *Montgomery* zeichnet. Es lehrt, daß auch im Felde Tapferkeit, Fleiß und Ehrlichkeit nicht immer die gerechte Anerkennung finden, wenn sie im Wettbewerb mit propagandistischem Geschick stehen. — Das Buch, das das Ergebnis einer sehr sorgfältigen Untersuchung ist, analysiert diesen Krieg unter dem Aspekt der Führung, der traditionellen britischen Ausbildung und den persönlichen Schwächen der Verantwortlichen, die alle zusammen nicht immer dem Neuartigen des Wüstenkrieges gewachsen waren.

Dr. Wolf Donner

RENÉ AHLBERG

WELTREVOLUTION DURCH KOEXISTENZ

Colloquium Verlag, Berlin 1962. 80 S., brosch. 2,80 DM.

In dieser kleinen Schrift wird beabsichtigt, einem weiten Leserkreis die Theorie und Praxis der sowjetischen Außenpolitik darzulegen. Leider ist der wissenschaftliche Wert der geschickt redigierten Broschüre gering, da der Verfasser nicht zu durchschauen vermag, warum der Sowjetstaat bereits wenige Jahre nach seiner Entstehung versuchen mußte, einen stabilen Friedenszustand mit der „kapitalistischen Welt“ herzustellen, andererseits aber an der Lehre von der Weltrevolution festhielt, wodurch diese ihren Charakter als Anweisung zur politischen Praxis verlor und in eine Rechtfertigungstheorie umgewandelt wurde.

Ebensowenig erkennt Ahlberg das wirkliche Dilemma einer Politik der Koexistenz. Ein „friedliches Nebeneinander“ des „kapitalistischen Westens“ mit dem „bolschewistischen Osten“ hängt weniger von dem Willen der Staatsmänner ab als von der Überwindung der Gefahr, die sich aus der Polarisierung der politischen Macht in Rußland und Amerika ergibt, denn der Friede wird nicht so sehr von „aggressiven Imperialisten“ oder „heimtückischen Bolschewisten“ bedroht, als von der Tatsache, daß im Atomzeitalter die Welt für zwei antagonistische Systeme zu klein geworden ist.

Aber das Buch hat noch andere Mängel. Da findet man auf S. 11 die falsche Kennzeichnung der Menschewiki als „demokratisch-gemäßigt“. Demokratisch waren sie gewiß. Doch wollten sie ebenso wie die Bolschewisten und übrigens auch die starke Gruppe der Sozialrevolutionäre das Zarentum durch eine Revolution beseitigen. In ihrem politischen Denken und Handeln standen sie entgegen der antibolschewistischen und bolschewistischen Legende den Linksradikalen um *Rosa Luxemburg* näher als den Reformisten und Revisionisten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.

Was soll es heißen, wenn Ahlberg schreibt: „*Lenin* lehnte die demokratische Interpretation des Marxismus strikt ab?“ Das stimmt nicht. *Lenin* teilte durchaus die demokratische Auslegung des Begriffes der „Diktatur des Proletariats“ und war keineswegs begeistert, als er beobachten mußte, wie sich das Experiment der bolschewistischen Revolution unter dem Druck der Verhältnisse zur Diktatur des Politbüros umbog. Seine Parteitheorie, die allerdings, wie *Rosa Luxemburg* frühzeitig warnend feststellte, diese Perversion der Revolution vorbereitete, war auf die russischen Verhältnisse zugeschnitten und seinerzeit nicht als Vorbild für die übrigen europäischen Arbeiterparteien gedacht. Das ergibt sich u. a. auch dar-

aus, daß Lenin vor Kriegsausbruch niemals gegen die demokratischen Organisationsformen der deutschen Sozialdemokratie polemisierte.

Auf S. 18 wird der wissenschaftliche und moralische Gehalt des Marxismus mit dem des Leninismus verglichen. Abgesehen davon, daß noch nicht ausreichend untersucht wurde, ob die politische Aktionslehre Lenins sich wirklich so weit von der Marxens unterscheidet, findet man hier anstelle einer Widerlegung Lenins lediglich einige Erläuterungen zu dem Allgemeinplatz, daß der praktische Erfolg einer Theorie keinen schlüssigen Hinweis auf ihren wissenschaftlichen Gehalt erlaubt.

Weiter: War die Verschlechterung des außenpolitischen Klimas 1927 wirklich „vor allem“ eine Folge der umstürzlerischen Agitation der Kommunisten (S. 28)? Hatte die Koexistenzidee für *Stalin* tatsächlich nur die Funktion eines Alibis (S. 28 f.)? Galt das nicht vielmehr für die Idee der Weltrevolution? Im Widerspruch hierzu liest man gleich auf der nächsten Seite, daß die Sowjetunion bei *Stalin* schon 1925 zu einem „Faktum von hohem Eigenwert“ geworden und „nur sehr bedingt zur Hilfeleistung an die internationale kommunistische Bewegung verpflichtet“ sei.

Ähnlich fragwürdig sind noch eine Reihe anderer Feststellungen und Bemerkungen in dieser Broschüre. Sicherlich ist es schwierig, auf so knappem Raum eine Skizze der Geschichte der Außenpolitik des Sowjetstaates zu geben. Aber etwas mehr Sorgfalt hätte bestimmt ein besseres Ergebnis gezeitigt. Schade!
Dr. Wilfried Gottschalk

HELMUT TAGWERKER AUTOMATION

Soziale und wirtschaftliche Probleme. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1962. 151 S., broschiert. 16,60 DM.

Im Rahmen der heute schon zu stattlicher Fülle angewachsenen Literatur über Automation bilden die Schriften, die sich mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Seite befassen, vorerst noch die Minderheit. Aber sie werden immer zahlreicher, nachdem nun die erste Woge der Publikationen, die der Darstellung der technischen Probleme der Automation galten, etwas abgeebbt ist. Der Privatdozent an der Wiener Hochschule für Welthandel Dr. Helmut Tagwerker hat es nun unternommen, in einer handlichen Schrift die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Automation übersichtlich zu erörtern. Es handelt sich dabei vorzüglich um eine kompilatorische Arbeit. Alle bedeutenderen neueren Arbeiten über diese Fragen werden in geschickter Einfügung in den verbindenden Text ausgiebig zitiert, der eigene Beitrag des Autors macht so den geringeren Teil des Buches aus. Aber seine Zitiermethode ist originell, die Zitate sind fließend

in den Text hineingearbeitet, lassen sich aber an Hand eines Literaturverzeichnisses und mittels eines einfachen Nummerierungssystems ohne weitere Mühe genau bestimmen.

Dr. Tagwerker führt also die Automationsprobleme vornehmlich in der Sicht der verschiedensten Autoren vor. Wo er mit seiner eigenen Meinung deutlich hervortritt, fordert er meist zur Kritik heraus; auch ist sie offensichtlich mehr ideologisch gebunden als wissenschaftlich fundiert. Wenn er etwa den Klassenkampf eine „logische Mißgeburt seit seiner Entstehung“ (S. 23) nennt und daran anschließend meint, man dürfe nicht „die Menschen in Klassen teilen in der Absicht, diese zur Lösung der auftretenden Probleme kämpfen zu lassen“ (S. 24), so verrät dies doch eine fast infantile Vorstellung vom sozialgeschichtlichen Ablauf. Zu den „negativen Eigenschaften des Menschen“, von denen die Automation den Betrieb befreit, zählt Tagwerker nicht nur die „Möglichkeit menschlichen Irrsins und Fehlens“, sondern auch „hohe Lohnkosten, sonst notwendige soziale Einrichtungen, Betriebsrat, Gewerkschaften“ (S. 54). Vermutlich ist er trotz seiner eifrigen Lektüre der Automationsliteratur nicht auf die Antwort jenes amerikanischen Gewerkschaftsführers gestoßen, der dem jungen Ford bei der Besichtigung einer automatischen Fabrik auf dessen süffisante Bemerkung, daß alle diese Maschinen keine Gewerkschaftsbeiträge bezahlen, erwiderte: „Sie kaufen aber auch keine Automobile!“ Daß das Wächteramt der Gewerkschaften, das Tagwerker mit Anführungszeichen ironisiert, nicht zuletzt für die Aufnahmefähigkeit des Marktes sorgt und damit nicht nur eine soziale, sondern auch eine eminent ökonomische Funktion verfolgt, scheint der die Dinge einseitig sehende Autor noch nicht erkannt zu haben.
Walter Gyssling

AUGUST MARX ZUR THEOLOGIE DER WIRTSCHAFT

Verlag Herder, Freiburg 1962, 160 S., Ln. 11,— DM.

Wie schon der Titel sagt, redet hier ein Theologe zu Theologen über die Wirtschaftsethik. Das geschieht in einer Sprache, die von Gemeinplätzen und Bibelzitate gleichermaßen überquillt. Ein normaler Leser kann damit nichts anfangen, zumal bei drei Vierteln des Buches der Anmerkungsapparat einfach weggelassen wurde. So stößt der kundige Leser bereits auf S. 17 auf ein bekanntes Wort von *Werner Sombart*, das indes — so wie viele andere auch noch — einfach nicht kenntlich gemacht wird. Beim nichtkundigen Leser wird so der Eindruck erweckt, als hätte der Autor manchenmal wirklich etwas zu sagen, was indessen keineswegs den Tatsachen entspricht.
Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

Der Bundesvorstand des DGB hat eine Solidaritätsmarke zugunsten der mannigfaltigen und schwierigen Aufbauarbeiten der *Algerischen Gewerkschaft* (UGTA) herausgegeben, die in allen Betrieben und Büros zum Preis von 20 Pf je Stück verkauft wird. Der Bundesvorstand erwartet, daß sich alle Gewerkschaftsmitglieder an dieser Aktion beteiligen. Außerdem hat der Bundesvorstand dem IBFG sofort 25 000 DM für dringende Hilfsmaßnahmen zugunsten der algerischen Bevölkerung überwiesen.

Der IBFG hat mehrfach gegen die Unterdrückungsmaßnahmen in *Peru* und gegen die Inhaftierung und unmenschliche Behandlung demokratischer Gewerkschaftsführer (Ruardo Leyva, Kappo Sankhez) in *Paraguay* protestiert.

Der IBFG hat bei der Internationalen Arbeitsorganisation Beschwerde gegen die *Südafrikanische Union* wegen Verletzung der Gewerkschaftsrechte durch das Sabotagegesetz eingereicht. Dieses Gesetz verschärft die geltenden gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen für

nicht eingetragene und für afrikanische Gewerkschaften; dadurch werde die geringe in Südafrika noch bestehende Vereinigungsfreiheit ernstlich gefährdet und das System des Polizei- und Justizterrors verschärft.

Prof. Dr. *Otto Graf* (Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund) ist am 15. August 1962 im Alter von 69 Jahren gestorben. Der Bundesvorstand des DGB und die Stiftung Mitbestimmung haben in ehren den Nachrufen der großen Verdienste des Gelehrten um die Sicherung der Gesundheit der arbeitenden Menschen gedacht.

Arnold Schmidt, Vorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten Österreichs, ist am 22. August 1962 im 58. Lebensjahr gestorben.

Den 60. Geburtstag feierten: am 20. August 1962 der Schweizer Gewerkschafter *Jean Möri*, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe auf der Internationalen Arbeitskonferenz und Vizepräsident des Verwaltungsrates der Internationalen Arbeitsorganisation — am 21. August *Omer Becu*, Generalsekretär des IBFG — am 24. August Dr. *Walter Fabian*, Redakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte und Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier.

MITTEILUNGEN In diesem Heft werden Themen angesprochen, die nicht nur für den DGB-Korrespondenten in Hannover (22. bis 27. Oktober 1962),

DER REDAKTION sondern darüber hinaus für die Meinungsbildung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung — im Hinblick auf die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre — von zentraler Bedeutung sind. Den grundsätzlichen Untersuchungen zum Problem der *Gemeinwirtschaft* schließen sich Analysen und Berichte aus drei Staaten an, in denen — wie auch in Österreich und manchem anderen westlichen Land — der Begriff *Planwirtschaft* durchaus kein Schreckgespenst (wie in der Bundesrepublik), sondern anerkannte Notwendigkeit und werdende Realität ist. Der Aufsatz von Dr. *Arnold Künzli* (Basel) bildet, so scheint uns, mit seinem Hinweis auf das „nach Wundlung Drängende“ in der heutigen Gesellschaft eine glückliche Ergänzung zu den vorstehenden Arbeiten wie auch zu dem Aufsatz „Soll alles so bleiben?“ (*Walter Köpping*) in unserem Septemberheft 1962. Schließlich sollten auch die Ausführungen von *A. E. Hohler* und *Golo Mann* (Zeitschriften-Spiegel S. 632—634) und von *Robert J. Oppenheimer* (Tagungen, S. 630 f.) sowie die Besprechungen der Bücher von Wollny (S. 635) und Müller-Gangloff (S. 637 f.) in diesem großen Zusammenhang gelesen werden.

Der schon vor einiger Zeit verfaßte Beitrag von *Artur Saternus* hat durch die inzwischen „wiedergegründete Deutsch-Nationale Volkspartei“, die auf ihrem ersten Parteitag in Kassel am 23. September 1962 den Anspruch erhoben hat, „die Regierungsgewalt in Bonn zu übernehmen“, besondere Aktualität gewonnen.

Günter Köpke, 1933 in Stettin geboren, studierte Volkswirtschaft, Philosophie und Pädagogik; er ist Diplom-Volkswirt und arbeitet zur Zeit an einer wirtschafts-pädagogischen Dissertation über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. 1959/60 war er Assistent an der ÖTV-Schule in Mosbach/Bd., anschließend längere Zeit Mitarbeiter in der Forschungsstelle der Akademie der Arbeit in Frankfurt, an der er zur Zeit als pädagogischer Hörerberater tätig ist.

Gustave Stern lebt seit vielen Jahren in Frankreich; er schreibt von dort aus u. a. als Korrespondent für die Zürcher Tageszeitung *Volksrecht* und als Mitarbeiter für deutsche Gewerkschaftszeitungen und -Zeitschriften.

Bernhard Reichenbach, der schon mehrfach für uns geschrieben hat, lebt seit 1935 als Journalist und Rundfunkkommentator in London.

Von *Werner Plum*, der zur Zeit wieder für längere Zeit in Nordafrika ist, erscheint demnächst im Rahmen der Veröffentlichungen der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Arbeit „Die Gewerkschaften des Maghreb“ (Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover).